

Einleitung

Enver Şimşek.

Abdurrahim Özüdoğru.

Süleyman Taşköprü.

Habil Kılıç.

Mehmet Turgut.

İsmail Yaşar.

Theodoros Boulgarides.

Mehmet Kubaşık.

Halit Yozgat.

Und Michèle Kiesewetter.

Das sind die Namen derjenigen, die der sogenannte Nationalsozialistische Untergrund zwischen 2000 und 2006 ermordet hat. Wir waren nicht die einzigen, die geschockt waren, als im November bekannt wurde, dass Neonazis jahrelang durchs Land zogen und mindestens zehn Menschen ermordeten. Zwar haben Antifaschist_innen und Antirassist_innen immer wieder auf die Bedrohung von rechts aufmerksam gemacht und es gelang auch zu Beginn des Jahrtausends – zumindest teilweise – die Öffentlichkeit und auch die Institutionen auf die Gefahr hinzuweisen, die in diesem Land von der extremen Rechten ausgeht. Zwar dürften viele antirassistische und antifaschistische Akteur_innen, von der Zivilgesellschaft bis zu Antifa-Zusammenhängen, der extremen Rechten entsprechende Taten zugebraut haben. Dennoch haben das Ausmaß der Gewalt sowie die Verstrickungen der Ermittlungsbehörden und des Verfassungsschutzes schockiert. Bisher kam zwar Einzelnes kläckchenweise ans Licht, Vieles jedoch dürfte sich noch im Bereich des Verborgenen befinden.

Es ist bekannt, dass die Ermittlungsbehörden jahrelang einer falschen Spur nachgegangen sind. Sie – und auch weite Teile der hegemonialen Medien – werteten die Morde zu den Tatzeitpunkten als Taten im Bereich der Organisierten Kriminalität im sogenannten »migrantischen Milieu«. Sowohl die Getöteten als auch Angehörigen gerieten selbst in den Fokus der Ermittlungen. In keinem der Fälle wurde ernsthaft in Richtung rassistischer Motive ermittelt.

Die Taten des NSU, die rassistische Berichterstattung, die sie begleiteten, und die Aufarbeitung werfen die Frage auf, wie das geschehen konnte bzw. welche Lehren aus den – gelinde gesagt – Fehlwahrnehmungen gezogen werden sollten. Wir als kritische Wissenschaftler_innen und Aktivist_innen müssen uns selbstkritisch

die Frage stellen, warum in der Mehrheit auch antifaschistische und antirassistische Aktivist_innen und Forscher_innen nicht genauer hingesehen haben.

Es ist seit der Selbstenttarnung des NSU vielfach darauf hingewiesen worden, dass der gesellschaftliche Umgang mit den Morden des NSU nicht kontextlos ist. Er ist geleitet von seiner Einbettung in ein medial vermitteltes und institutionell verfestigtes Wissen über Migration, rassistische Gewalt und ihrer vermeintlichen Ursachen, wobei Migration und Kriminalität diskursiv eng miteinander verknüpft sind. Zu dem gesellschaftlichen Wissen gehört auch das über die extreme Rechte. Allzu oft wurde in der Vergangenheit und wird auch in der Gegenwart die extreme Rechte ins Außen gerückt, zur Randerscheinung gemacht und aus der – um im Bild zu bleiben – Mitte ausgeschlossen. In dieser Mitte gibt es keine Extreme, könnte man meinen. Der »Mitte der Gesellschaft« steht ein »Außen« gegenüber, etwas, was mit gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen oder konkreter mit gesamtgesellschaftlicher Unterdrückung und Ausbeutung nichts zu tun hat.

Der Hintergrund, vor dem sich die Morde des NSU abspielten, wird in dieser Deutung verwischt. Es gibt allerdings Journalist_innen, Wissenschaftler_innen, Aktivist_innen, Initiativen und politische Zusammenhänge, die die extreme Rechte, Rassismus und speziell den NSU beharrlich in den gesellschaftlichen Kontext setzen.

Enver Şimşek.

Abdurrahim Özüdoğru.

Süleyman Taşköprü.

Habil Kılıç.

Mehmet Turgut.

İsmail Yaşar.

Theodoros Boulgarides.

Mehmet Kubaşık.

Halit Yozgat.

Und Michèle Kiesewetter.

Die Namen verdeutlichen in drastischer Weise, die Ausmaße von Rassismus in Deutschland. Die Namen stehen für das Nicht-Genau-Hinsehen, das Wegsehen, das Die-Augen-Verschließen und das Die-Dinge-Verdrehen der Ermittlungsbehörden und des Verfassungsschutzes. Die Namen weisen auch uns hier einmal mehr darauf hin, dass Rassismus und die extreme Rechte weit mehr sind als nur »spannende« Forschungsfelder.

Das Geschehene kann nicht rückgängig gemacht werden, genauso wenig können eigene Versäumnisse rückgängig gemacht werden. Was Kritische Rassismus- und Rechtsextremismusforschung tun kann, vielleicht sogar muss, ist das Gesche-

hene gesellschaftsanalytisch einzuordnen und so eine angemessene und umfassende Aufarbeitung – weit über den juristischen Rahmen hinaus – zu befördern. Dazu kann beigetragen werden, wenn es gelingt, die Bereiche Antifa und Antira sowie die Felder Rassismus- und Rechtsextremismusforschung noch enger zusammen zu bringen. Seit der Selbstenttarnung des NSU ist in diese Richtung einiges geschehen. Wir wollen mit diesem Sammelband einen kleinen Teil dazu beitragen, den Austausch zu intensivieren und den Analysen zum sogenannten NSU voranzubringen.

Die Beiträge im Überblick

Die Beiträge in diesem Sammelband fokussieren den NSU im gesellschaftlichen Kontext und beleuchten die Hintergründe, Reaktionen und Konsequenzen. Mit Blick in die 1990er Jahre werden zwei relevante Faktoren ausgeleuchtet, die für die Entstehung und die weitgehend ungehinderten Aktivitäten des NSU relevant waren.

Michael Weiss beleuchtet in seinem Beitrag das weitverzweigte Netzwerk von Neonazis, aus dem heraus sich in den 1990er Jahren der NSU entwickelte, sowie deren politische Konzepte. Er widerspricht der hegemonialen Legende, der Nationalsozialistische Untergrund sei ein auf sich alleine gestelltes »Trio« gewesen. Weiß erarbeitet die Kontexte innerhalb der neonazistischen Szene, die Bedingungen für die Entstehung des NSU waren.

Margarete Jäger fokussiert in ihrem Beitrag hegemoniale gesellschaftliche Bedingungen für den Umgang mit dem NSU. Sie analysiert den Migrationsdiskurs seit den 1990er Jahren und stellt fest, dass sich sowohl die Ermittlungsbehörden wie auch die mediale Berichterstattung zu den NSU-Morden von einer rassistischen Perspektive haben leiten lassen. Spätestens seit der Aufdeckung der NSU-Morde könne die Existenz und vor allem die verheerende Wirkungen eines strukturellen und institutionellen Rassismus auch von politischer Seite nicht mehr wirklich bestritten werden.

Liz Fekete wirft einen Blick »von außen« auf den NSU-Prozess, in dem sie die Aufarbeitung rassistischer Morde in Großbritannien durch unabhängige Untersuchungskommissionen darstellt. Hierbei steht vor allem das Versagen und teilweise bewusste Wegschauen der Polizei und anderer staatlicher Institutionen (Geheimdienste etc.) im Fokus. Der Beitrag bietet eine Definition von institutionellem und strukturellem Rassismus an, durch den die teilweise unzulängliche und ressentimentgeladene Arbeit der Ermittlungsbehörden als Resultat einer tief verankerten Vorurteilmatrix verstanden werden kann. Im Zuge der politischen Entwicklungen

in der Europäischen Union der letzten Jahre zeigt Liz Fekete in Länderbeispielen auf, dass sich Formen von institutionellem Rassismus in zahlreichen Staaten etabliert haben.

Die Beiträge, die die Gegenwart betrachten, arbeiten die politischen, juristischen und medialen Auseinandersetzungen mit dem NSU nach Bekanntwerden seiner Morde und deren Effekte heraus.

Fritz Burschel dokumentiert mit seinem »Augenzeugenbericht« die teilweise groteske Realität des NSU-Prozesses und stellt eindringlich dar, wie die Angehörigen der Toten als Nebenkläger_innen mit ihren persönlichen Anliegen und ihrer Trauer vor Gericht an den starren Verfahrens- und Antragsregeln kein Gehör finden. Der Richter Götzl und die Bundesanwaltschaft bleiben stets in professioneller Pose einem zügigen Verfahren verpflichtet und so gelingt es ihnen nicht, Fragen zu beantworten, die für eine gesellschaftliche Aufarbeitung der NSU-Morde elementar sind. Die Hermetik des Gerichtsprozesses führt gleichzeitig dazu, dass teilweise neue Erkenntnisse über die Morde und das breite Unterstützer_innennetz des NSU sowie Ergebnisse gleichzeitig arbeitender parlamentarischer Untersuchungsausschüsse nicht beachtet werden.

Lynn Klinger, Katharina Schoenes und Maruta Sperling analysieren in ihrem Beitrag ausgehend von ihren Beobachtungen an einem Verhandlungstag im Dezember 2014 Konflikte, die den NSU Prozess prägen. Diese nehmen häufig die Gestalt nicht enden wollender Diskussionen über die inhaltliche oder formale Zulässigkeit von Fragen an und stehen dem Interesse, im Prozess eine Aufklärung der Taten des NSU zu leisten, entgegen. Die Autorinnen plädieren dafür, diese Schwierigkeiten nicht abstrakt auf die Eigenlogik der Rechtsform zurückzuführen (und hieraus womöglich zu schließen, dass das Strafverfahren per se kein geeigneter Ort für die Aufarbeitung der Taten des NSU sei), sondern sie vielmehr als Ausdruck der Interessen und politischen Strategien der Prozessbeteiligten, insbesondere der Verteidigung der Hauptangeklagten Zschäpe und der GBA, zu verstehen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass das Verhalten der Prozessbeteiligten über öffentlichen Druck beeinflussbar ist. Daher lohnt es sich aus Sicht der Autorinnen, den Prozess in Zukunft weiter zu beobachten und das engagierte Auftreten eines Teils der Nebenklagevertreter_innen zu unterstützen.

Derya Gür-Şeker fasst in ihrem Beitrag die zentralen Ergebnisse einer Studie zusammen, welche sich mit der medialen Berichterstattung zu den Morden vor und nach der Selbstenttarnung des NSU beschäftigt. Der Beitrag zeigt, wie der rassistisch gefärbte Diskurs zu den »Döner-Morden« durch einzelne Deutungsmuster Einfluss

auf die Darstellung in den türkischen hegemonialen Medien bekommen hat: in beiden nationalen Diskursräumen werden die Opfer kriminalisiert. Dabei gelten in der Berichterstattung als zentrale Quelle die staatlichen Ermittlungsbehörden, deren erdrückende Präsenz in den Medien den Angehörigen der Opfer und alternativen Tatmotiven kein Gehörtwerden ermöglicht.

Matthias Falter analysiert in seinem Beitrag die Reaktionen der Politik und hegemonialen Medienlandschaft in Österreich auf die Morde des NSU. Neben den durchaus vorhandenen diskursiven Interventionen und medialen Thematisierungen extrem rechten Tendenzen waren auch im österreichischen Kontext unterschiedliche Strategien der Externalisierung neonazistischer und rechtsextremer Tendenzen zu beobachten. Der Beitrag zeigt, dass die NSU-Morde auf politischer Ebene weniger thematisiert wurden als auf medialer Ebene. Bei letzterer standen vor allem das Versagen des deutschen Verfassungsschutzes im Zentrum, aber auch teilweise der politische Kontext des NSU und Fragen der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in Österreich.

Felix Hansen analysiert die Reaktionen aus der Neonazi-Szene auf die Taten des NSU seit ihrer Selbstenntarnung im November 2011. Er bezieht dabei die vorliegenden Straf- und Gewalttaten, den Umgang mit dem laufenden NSU-Verfahren vor dem Oberlandesgericht München und die in der Szene verbreitete Deutung mit ein, nach der der NSU im Zusammenhang mit einem staatlichen Komplott stehe. Insgesamt sei ein offener positiver Bezug auf den NSU äußerst selten, aber festzustellen ist, dass sich die extreme Rechte zwischen Verschwörung und Schuldabwehr bewegt.

Schließlich fragen perspektivische Beiträge, was der NSU und der gesellschaftliche Umgang mit den Morden für eine antifaschistisch und antirassistisch ausgerichtete Theorie und Praxis bedeutet.

Ayşe Güleç und Lee Hielscher fragen nach den Möglichkeiten des Erinnerns. Sie gehen davon aus, dass der NSU-Prozess von Hegemonialitäten durchsetzt ist und in ihm Sprecher_innenpositionen und die Mechanismen des Rassismus konkret und plastisch werden. Doch dieser Raum werde durch Zeug_innen, die zugleich Kläger_innen sind, immer wieder herausgefordert. In das NSU-Verfahren bringen die Betroffenen – mit subtil bis offenen Strategien – ihre Perspektiven und ihr Wissen ein und nutzen dabei widerständige Sprechakte und visuelle Interventionen, um den Raum zu verändern. Ihr Beitrag beleuchtet diese widerständigen Strategien als Verweise ihrer Kämpfe für ein Erinnern, Sehen, Hören und Anklagen der bestehenden Verhältnisse. Dabei zeigen die vielfältigen Umgangsstrategien der Betroffenen eine Alternative für eine längst überfällig gewordene gesellschaftliche Auseinandersetzung auf.

Schließlich widmet sich Ulrich Peters der Debatte um antifaschistische Politik. Er konstatiert: Die jahrelange Mordserie des NSU konnte die antifaschistische Bewegung nicht unberührt lassen. Nach einem Moment der »Schockstarre« wäre eine grundlegende Debatte um Wesen und Wirken der Antifa-Szene notwendig gewesen. Gleichsam hält eine gesamtgesellschaftliche Diskursverschiebung nach rechts an und es entsteht der Eindruck, dass notwendige Erkenntnisse und Reflexionen bislang ausgeblieben sind. Dennoch finden Verständigungsprozesse innerhalb der gesamten radikalen Linken statt und diese sollten mehr sein als ein Krisenattest. Dass nicht Form und Auftreten der Antifa-Bewegung, sondern in erster Linie ein breiteres Selbstverständnis Voraussetzung für notwendige Debatten sein können, will dieser Beitrag anregen.